



25. Juni 2013

## Pressemitteilung

### Jungen suchen Orientierung – sind aber nicht verunsichert

**Nach über zweijähriger Arbeit übergibt der Beirat „Jungenpolitik“ seinen Abschlussbericht an Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und zeigt auf, wie Jungen in der heutigen Gesellschaft leben wollen.**

**Berlin** - Jungen wollen keine Abgrenzung zu Mädchen, sondern wünschen sich eine Politik, die auf Vielfalt und Unterschiedlichkeit eingeht. Das geht aus dem Bericht des Beirats „Jungenpolitik“ hervor, der am 25.06.2013 an Bundesfamilienministerin Kristina Schröder übergeben wird. Damit schließt der innovativ zusammengesetzte Beirat „Jungenpolitik“ seine Arbeit erfolgreich ab und stellt gemeinsam entwickelte Anregungen für politische Initiativen vor. Empfohlen wird beispielsweise eine Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter, die als Querschnittsaufgabe von allen Ressorts übernommen werden sollte. Außerdem sollten Geschlechterstereotypen in Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien ebenso wie in den Medien und in der Berufsberatung vermieden werden.

Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einberufene Beirat „Jungenpolitik“ besteht aus insgesamt zwölf Mitgliedern: Sechs unabhängigen Vertreter/innen aus Forschung und Praxis zum Thema Geschlechterverhältnisse, Männlichkeit, Jungen und Jungenarbeit sowie sechs männlichen Jugendlichen aus verschiedenen Lebenswelten, die zum Zeitpunkt der Konstituierung des Beirats im Mai 2011 zwischen 15 und 17 Jahre alt waren. Die Diskussionen darüber, wie Jungen leben wollen und mit welchen gesellschaftlichen Erwartungen sie sich konfrontiert sehen, konnten so durch ganz konkrete Einblicke in die Lebenswirklichkeit der jugendlichen Beiratsmitglieder ergänzt werden. Diese erläuterten, was ihnen in ihrem Umfeld wichtig ist und welchen Problemen sie sich ausgesetzt

sehen. Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist von dem innovativen Konzept überzeugt: „Wie wir bei der Arbeit des Beirats ‚Jungenpolitik‘ gesehen haben, führt gelebte Partizipation zu einer erfolgreichen Arbeit. Hier wurde nicht nur über Jungen sondern mit ihnen gesprochen!“

Der Deutschen Verein für öffentliche und Private Fürsorge e.V. hat die Trägerschaft der Geschäftsstelle des Beirats „Jungenpolitik“ übernommen, die Beiratsarbeit unterstützt sowie organisatorisch und fachlich begleitet.

Die Arbeit des Beirats „Jungenpolitik“ ist Teil einer lebenslauforientierten Gleichstellungspolitik, welche Unterschiede in den Lebensläufen von Frauen und Männern, von Mädchen und Jungen zum Ausgang hat und berücksichtigt, in welcher Weise deren Lebenslagen und die Geschlechterrollen in der Gesellschaft aufeinander bezogen sind. Ziel ist eine Jungenpolitik, die sich an den Lebenswirklichkeiten von Jungen ohne einseitige, negative oder klischeehafte Zuschreibungen orientiert. So wurde zum Beispiel die populäre pauschale Forderung nach mehr männlichen Vorbildern in Familie, Kindertagesstätte, Schule usw. im Bericht kritisiert, da es keine einfachen Zusammenhänge zwischen dem erwachsenen Mann als Geschlechtsrollenmodell und der Entwicklung von Jungen gibt.

Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. sieht seine Erfahrungen in dem Bereich mit dem Bericht bestätigt: „Wir leben in einer individualisierten und heterogenen Gesellschaft. Pauschalierungen über *den* Jungen oder *das* Mädchen sind nicht zielführend in der Debatte. Dies hat auch die Arbeit im Beirat ergeben. Unsere wertvolle Buntheit erfordert auch in diesem Bereich eine Vielfalt lebensweltorientierter Maßnahmen, Programme und Angebote.“

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der sozialen Arbeit und der Sozialpolitik. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation.